

Protokoll

des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

vom 1. - 4. August 1920
in Berlin.

Der Parteitag tritt am 1. August 1920 morgens 9 Uhr in Berlin zusammen.

N.-Berlin begrüßt den Parteitag mit folgenden Worten:

Im Namen des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin heiße ich Euch alle herzlich willkommen. Der Parteitag, geboren aus der inneren Situation der Partei sowohl wie aus der wirtschaftlichen und politischen Situation in Deutschland und der welt-politischen Situation, hat große Aufgaben zu erfüllen. Es ist das Wort geprägt worden, dieser Parteitag solle sein ein Parteitag der Entscheidungen. Als im April dieses Jahres aus allen Gauen Deutschlands die Delegierten zusammenkamen, war es nur eine Zusammenfassung der Opposition, die sich im Spartakusbund gebildet hatte, und so ist der heutige Parteitag der eigentliche Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der einheitliche und eindeutige Richtlinien aufzustellen haben wird. Die Frage der Nation erfordert eine ganz klare Stellung; die Frage der Internationale erfordert weiter unsere größte Aufmerksamkeit. Es gilt, da die Weltrevolution im allgemeinen und die russische Revolution im besonderen in Deutschland einen Stützpunkt für die weitere Entwicklung braucht, daß wir uns dieser Aufgabe bewußt sind und wir diesen Stützpunkt schaffen. In diesem Sinne wird es auch unsere Aufgabe sein, unser Programm aufzubauen. Des weiteren wird es notwendig sein, die Frage der Partei und der Betriebsorganisation zu klären, daß die enge Verbindung auch hier erläutert und grundlegend festgelegt wird. Bei dieser Frage ist es notwendig, daß auch das Räte-system gestreift wird, um auch hier zur Klarheit zu gelangen. Auch die organisatorischen Aufgaben verlangen eine eingehende Würdigung, damit die Partei, zusammengefaßt im organisatorischen Rahmen, die Aufgaben erfüllen kann, die sie erfüllen muß. Wenn die Genossen im Reiche, die uns hierher delegiert haben, verlangen, daß wir eine derartige Arbeit leisten, so wollen wir mit vollem Bewußtsein an diese Aufgaben herangehen und uns würdig erweisen, die uns gestellten Aufgaben zu lösen.

Das proletarische Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft zu steigern wird weiter eine wichtige Aufgabe sein. Wir müssen das Bekenntnis ablegen, daß die K.A.P.D. sich bewußt ist, den Glauben daran nicht verloren zu haben, daß die Massen sich selbst helfen können. Deshalb wollen wir sein eine Partei der Revolutionäre, die alles einstellt auf den Endkampf, eine Partei der revolutionären Arbeit, die mit aller Kraft den kommunistischen Gedanken propagiert, die eine aktive Hilfe für Sowjetrußland darstellen wird.

Wenn wir einen kurzen Blick auf die politische Lage, auf das Arbeitslosenproblem ect. werfen, dann müssen wir uns bewußt sein, daß wir vor großen Entscheidungen stehen, und daß wir heute Grundlinien schaffen müssen für unsere Arbeit im nähen Entscheidungskampf. Mit aller Offenheit müssen wir an diese Dinge herantreten und sie so erledigen, wie es unter Kommunisten üblich ist: im brüderlichen Sinne. Arbeiten wir in diesem Sinne, wird der Parteitag auch einen Erfolg haben für die Revolution, an deren Vorabend wir vielleicht schon stehen. In diesem Sinne heiße ich den Parteitag nochmals auf das herzlichste willkommen.

R.-Berlin: Genossen und Genossinnen! Im Namen des Geschäftsführenden Hauptausschusses der Kommunistischen Arbeiterpartei erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet.

Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen, welche Aufgaben der Parteitag zu erfüllen haben wird und ich hoffe, daß er all die strittigen Fragen aus der Welt schaffen wird, der Partei zum Nutzen. Ich bitte darum jetzt um Vorschläge für die Bureauwahl und zwar für 3 Vorsitzende und 2 Schriftführer.

N.-Berlin: Wir schlagen zu Vorsitzenden vor die Genossen: R.-Berlin, H.-Leipzig und G.-Düsseldorf, zu Schriftführern die Genossen W.-Berlin und

Der Parteitag stimmt diesen Vorschlägen zu.

Wir kommen nunmehr zur Wahl der Mandatsprüfungskommission. Es werden dazu 5 Genossen notwendig sein. Vorgeschlagen wer-

den die Genossen A.-Hamburg, W.-Elberfeld, N.-Berlin, F.-Braunschweig und E.-Sachsen-Anhalt.

Da kein Widerspruch erfolgt, ist die Kommission gewählt. Jeder Wirtschaftsbezirk muß vertreten sein und zwar auf je 1000 Mitglieder kommt ein Delegierter. Ich bitte, das bei der Prüfung der Mandate als Richtschnur zu nehmen.

Wir treten sodann in die Geschäftsordnung ein.

Als Tagesordnung schlage ich vor:

1. Geschäftsbericht.
 - a) Organisation
 - b) Kassenbericht.
2. Stellungnahme zum Programm.
Referent: Gen.Sch.-Berlin.
3. Nation und Klassenkampf.
Referent: Gen.G.-Berlin.
Koreferent: Gen.L.-Hamburg.
4. Unsere Stellung zur 3.Internationale.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Wird gegen diese Tagesordnung Einspruch erhoben?

H.-Hamburg: Wir schlagen, entsprechend der Wichtigkeit der einzelnen Punkte, folgende Tagesordnung vor: 1. Geschäftsbericht, 2. Nation und Klassenkampf, 3. Unsere Stellung zum Programm, 4. Stellung zur Internationale, 5. Wahlen, 6. Verschiedenes.

Schi.-Berlin: Wir möchten noch weiter gehen als die Hamburger. Wir möchten die Frage in den Vordergrund stellen, die uns am meisten interessiert und möchten den Punkt Nation und Klassenkampf dem Geschäftsbericht noch vorausnehmen.

H.-Hamburg: Wir erklären uns mit dieser Verschiebung einverstanden.

M.-Leipzig: Es ist nicht nur aus Mitteldeutschland, sondern auch aus anderen Wirtschaftsbezirken ein Antrag eingegangen,

ein Referat über die Allgemeine Arbeiter-Union und die Freie Union halten zu lassen.

R.-Berlin: Ich möchte darauf hinweisen, daß Mitteldeutschland Schuld daran hat, daß seine gestellten Anträge bei uns nicht eingegangen sind. Wir sind daher kaum in der Lage gewesen, die Anträge zu veröffentlichen. Soll dieser Antrag jetzt zur Umänderung der Tagesordnung erneut gestellt werden?

(Zuruf: Jawohl!) Dann bitte ich auch, die Referenten bekannt zu geben.

M.-Leipzig: Es kann selbstverständlich nicht Mitteldeutschland feststellen, welcher Referent für dieses Thema in Frage kommt. Das könnte doch wohl besser von Berlin aus geschehen, dem es doch sehr leicht möglich sein wird, zwei Referenten zu bestellen. Wenn wir zu den Syndikalisten gehen, werden wir doch wohl einen Referenten bekommen.

L.-Dresden: Es kann nicht angehen, daß auf unserem Parteitag Nicht-Kommunisten Referate halten.

R.-Berlin: Ich glaube, daß, wenn irgend welche Dinge zur Entscheidung stehen, die Delegationen aus sich selbst heraus doch wohl in der Lage sein werden, dieses Thema zu beherrschen. Mitteldeutschland hat also den Antrag gestellt, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern.

H.-Halle: Zu dem Vorwurf, daß von Mitteldeutschland kein Antrag eingegangen ist, stelle ich fest, daß wir den Bericht am Tage nach der Bezirkskonferenz abgesandt haben.

Sch.-Eisenach: Im Punkte Stellungnahme zum Programm können wir die Frage der Betriebsorganisation mit behandeln, ohne extra ein Referat zu hören. Wir sind ja auf Grund unseres gebundenen Mandates doch nicht in der Lage, uns auf einen bestimmten Punkt festzulegen, wir könnten also nur Richtlinien entwerfen.

R.-Berlin: Wir kommen alsdann zur Abstimmung über die Festsetzung der Tagesordnung nach Abänderung durch die Berliner und Hamburger Anträge. Die Tagesordnung lautet dann:

1. Nation und Klassenkampf.
2. Stellungnahme zum Programm.
3. Partei und Betriebsorganisation.
4. Unsere Stellung zur 3. Internationale.
5. Geschäftsbericht,
 - a) Organisation,
 - b) Kassenbericht.
6. Wahlen.
7. Verschiedenes.

Die Tagesordnung wird in dieser Reihenfolge angenommen.

Der Antrag Mitteldeutschland, ein besonderes Referat über Allgemeine Arbeiter-Union und Freie Union einzuschalten, wird mit 21 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

K.-Hamburg beanstandet, daß die Anträge Hamburgs zur Internationale und zum Punkt Nation und Klassenkampf dem Parteitag nicht vorliegen. Ich bitte, daß das nachgeholt wird.

R.-Berlin: Die Resolutionen sind nur in der Hamburger K.A.Z. veröffentlicht, nicht aber uns als Antrag zugegangen.

W.-Hamburg: Die Resolutionen sind dem Geschäftsführenden Ausschuß zugegangen.

G.-Berlin: Diese Resolutionen sind dem Geschäftsführenden Ausschuß mit dem Ersuchen zugegangen, sie in der Berliner K.A.Z. zu veröffentlichen. Das ist geschehen. Als besonderer Antrag sind uns die Resolutionen nicht zugegangen.

R.-Berlin: Wir lassen die Resolutionen vielfältigen und stellen sie den Delegierten zur Verfügung.

Die Redakteure mit beratender Stimme zum Parteitag zuzulassen, wird angenommen.

Es wünscht nunmehr ein russischer Kriegsgefangener das Wort zur Begrüßung.

Obersetzung: Genossen und Genossinnen! Als Vertreter der Sektion der Kriegsgefangenen in Deutschland äußere ich meine wärmsten Grüße dem Parteitag der K.A.P.D. Wir äußern unsere Solidarität mit der K.A.P.D. In der letzten Zeit hat das deutsche Proletariat seine Solidarität mit Sowjetrußland ver-

schiedentlich bewiesen. Wir haben gesehen, daß das Proletariat wachsam ist. Wenn auch unter Euch Verschiedenheiten bestehen, so erblicken wir in der allgemeinen Aktion gegen das weiße Ungarn das Erwachen des internationalen proletarischen Bewußtseins im Kampfe gegen das Kapital. Das Kapital hat gesehen, daß es mit dem internationalen Proletariat als Klasse zu tun hat. Wir hoffen unerschütterlich, daß im entscheidenden Moment das Proletariat ungeachtet der Parteiunterschiede eine gemeinsame Front bilden wird. Wir glauben, daß diese Stunde nahe ist. Es lebe die Internationale! Es lebe der Kommunismus! (Bravo!)
R.-Berlin: Es ist das folgende Begrüßungstelegramm der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs eingegangen:

"Wir hoffen, daß Eure Tagung beitragen wird zur Einigung des revolutionären Proletariats Deutschlands auf dem Boden der 3. Internationale und wünschen Euch in diesem Sinne den besten Erfolg.
K.P. Dtsch.-Österreich"

Ferner hat der Genosse Gorter aus Bussum (Holland) in einem Briefe dem Parteitag seine Grüße und Wünsche übermittelt.

Die Tagungszeit wird für den 1. Tag auf 9-5 Uhr durchgehend festgesetzt.

W.-Frankfurt a/M.: Es wird notwendig sein, die Wirtschaftsbezirke über sämtliche Anträge namentlich abstimmen zu lassen.

R.-Berlin: Wenn es sich um Anträge handelt, die von Wichtigkeit sein werden, werden wir in dem Sinne verfahren.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Zum 1. Punkt Nation und Klassenkampf, erteile ich dem Referenten Genossen G.-Berlin das Wort.

G.-Berlin: Genossen und Genossinnen! Die Stunde ist angebrochen, wo die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und nationalem Kommunismus, diesem Abfallprodukt der bürgerlichen Welt, erfolgen muß. Ich möchte bemerken, nicht der Rausch und die Ekstase dürfen der Geist dieses Parteitages sein, sondern ruhige, sachliche Überlegung und Abwägung dessen, was zu diesem Thema gesagt werden muß, soll für uns maßgebend

sein. Sie werden daher nicht erwarten dürfen, daß ein Brillantfeuerwerk von Phrasen Sie überschütten wird, vielmehr werde ich in ganz sachlicher Form alles das zum Ausdruck bringen, was zu diesem Thema gesagt werden muß. Es muß doch in unserer Partei meiner Auffassung nach endlich einmal eine Klarstellung erfolgen, wo die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands aufhört und die Deutschnationale Volkspartei anfängt. Ich möchte darauf hinweisen, daß bei der Beurteilung des Standpunktes unserer Genossen in Hamburg für die Delegierten des Parteitages nicht maßgebend sein kann, was sie ihnen hier sagen werden, sondern einzig und allein das, was in ihren Schriften und Zeitungsartikeln fixiert ist. Nur von diesem Gesichtspunkte aus dürfen Sie meinen Vortrag beurteilen, und ich bitte Sie, auch nur nach diesen Gesichtspunkten verfahren zu wollen. Es ist vielleicht kein Zufall, wenn die Hamburger Organisation gerade in diesem Augenblick, vor Beginn des Parteitages, mit einer prinzipiellen Erklärung an die Öffentlichkeit tritt. Ich meine, daß heute eine Partei existieren muß, daß sie eine Notwendigkeit ist im Interesse der Weiterführung der Revolution; lediglich das Begnügen mit einer prinzipiellen Erklärung würde heute bedeuten die Sanktionierung der Formlosigkeit, wo es jedem Mitglied ermöglicht wird, seine Prinzipien zu verfechten und durchsetzen zu wollen, ohne sich um eine Einheitlichkeit der Organisation kümmern zu brauchen. Wenn ich jetzt zum Thema selbst komme, so möchte ich feststellen, daß wir in Berlin durchaus nicht etwa immer auf dem schroffen Standpunkt gestanden haben gegenüber der Hamburger Richtung, wie er jetzt vielleicht zum Ausdruck kommt. Während des Kampfes mit dem Spartakusbund haben wir alles getan, um auch den Hamburger Genossen gerecht zu werden. Wir sind sogar weit über den Rahmen dessen gegangen, was wir eigentlich hätten tun dürfen. Wir haben Laufenberg und Wolffheim in einer Zeit verteidigt, wo sie vom Spartakusbund verleumdet worden sind. Wir haben es für unsere Ehrenpflicht gehalten, ihnen beizustehen mit Argumenten, die vielleicht nicht ganz unserer Überzeugung entsprochen haben. Wenn nun dieses

Thema überhaupt zur Sprache gekommen ist, und wenn die Diskussion so heftige Formen angenommen hat, so trifft die Schuld nicht die Berliner Organisation, die sich die größte Reserve auferlegt hat. Wenn Sie unsere Zeitung verfolgen bis auf den heutigen Tag, so werden Sie fast garnichts finden, was als aggressiv gegen die Hamburger Richtung gedeutet werden könnte. Erst in dem Augenblick, wo von Hamburg aus das Thema erneut und in verschärfter Form in die Partei geschleudert wurde, erst da haben wir klar und unzweideutig unsere Stellung präzisiert, die sich deckt mit der Auffassung der gesamten 3. Internationale.

Ich möchte die Frage stellen: Worin liegt denn eigentlich der Schwerpunkt des Hamburger National-Kommunismus? Ich glaube, man kann bei der Hamburger Richtung zwei Epochen unterscheiden; die erste charakterisiert sich wohl durch die Schrift: "Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg" und die zweite beginnt etwa mit dem Zeitpunkt der Gründung unserer Partei. Als die erste kommunistische Adresse an die Öffentlichkeit gelangte, war mir von vornherein klar, daß hier ein Weg eingeschlagen werden sollte, der die Bahn des Sozialismus zu verlassen geeignet war. Wir haben alle geglaubt, daß die Tendenzen nach und nach unter der Einwirkung der politischen Situation, unter der Berücksichtigung der weltpolitischen Lage mehr und mehr wieder verschwinden müßten. Ja, ich möchte sogar den seltsamen Fall mitteilen, daß, als das Lüttwitz-Unternehmen in die Erscheinung trat, der Genosse Wendel ganz spontan erklärte: "Nun ist der National-Bolschewismus für mich endgültig erledigt". Ich sage, wir hatten einmal diese Hoffnung. Wir sahen uns darin getäuscht. Es kam zur Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Auf dem Gründungsparteitag wurde, dessen werden Sie sich erinnern, eine programmatische Erklärung angenommen, daß jeder national eingestellte Bolschewismus abgelehnt werde. Diese Erklärung ist auch in der Hamburger K.A.Z. zum Abdruck gekommen, aber die entscheidende Stelle wurde nicht veröffentlicht. Als die Dinge diese Wendung einschlugen, und als schließlich die

Schrift "Kommunismus gegen Spartakismus" erschien, die meiner Auffassung nach eine glatte Kapitulation des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutet, als ferner Artikel nach Artikel in der Hamburger K.A.Z. erschienen, in denen man immer deutlicher in einer ganz bestimmten Richtung vorging, in denen man versuchte, das Proletariat für Dinge zu engagieren, die in der Richtung der Konterrevolution gelegen haben, da mußte hier eine restlose Abgrenzung erfolgen. Worin besteht nun der Schwerpunkt des Hamburger Standpunktes? In der ersten kommunistischen Adresse wird im wesentlichen Stellung genommen zu den Problemen des Versailler Vertrages und ich muß hier anerkennen, daß Laufenberg und Wolffheim das Verdienst haben, gerade zu diesem Punkte wirklich klar und deutlich gesagt zu haben, was zunächst dazu gesagt werden muß: daß er unter keinen Umständen akzeptiert werden kann. In diesem Punkte waren wir uns einig. Das muß hervorgehoben werden, weil der Spartakusbund inzwischen eine Politik eingeschlagen hat, die auch in diesem Problem reformistisch-opportunistischen Charakter aufweist. Hier erkennen wir Laufenberg und Wolffheim das Verdienst zu, daß sie in diesem Punkte erklärt haben, der Versailler Vertrag ist ein Bollwerk der internationalen Konterrevolution. Er bedroht nicht nur das deutsche Proletariat, sondern er untergräbt und unterminiert auch bereits die Voraussetzungen einer künftigen sozialistischen Produktionsweise in Deutschland. Das Verdienst, dies erkannt zu haben, haben auch wir anerkannt. Wir haben auch in derselben Weise in der Berliner K.A.Z. das Problem behandelt. Die große Frage steht: Wie denken sich die Hamburger Genossen die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages? Und hier kommen wir schon auf eines der Hauptprobleme des Hamburger Kommunismus überhaupt. Wenn ich von richtigen Voraussetzungen ausgehe, so glaube ich sagen zu dürfen, daß die Genossen Laufenberg und Wolffheim bei der Erklärung der Notwendigkeit einer Annullierung des Friedensvertrages und bei ihrer Stellungnahme, wie die Aufhebung erfolgen soll, sich etwa von folgenden Gesichtspunkten haben leiten lassen: Sie gehen davon aus, daß die notwendige Voraussetzung der Auseinandersetzung mit dem Ententekapital nicht die Frage von Ver-

handlungen sein kann, sondern daß diese Auseinandersetzung die erste Voraussetzung des Kommunismus in Deutschland bedeutet. Sie gehen ferner davon aus, daß mit Rücksicht auf die gewaltige technisch-industrielle Überlegenheit der Entente das deutsche Proletariat vor einer gewaltigen Aufgabe stehen würde, wenn es vor die Entscheidung gestellt wird, den Kampf mit dem Entente-kapital aufzunehmen. In dieser Erwägung sind sie zu der Schlußfolgerung gelangt, daß das deutsche Proletariat wohl nicht aus eigener Kraft heraus imstande sein würde, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Weil sie nicht das nötige Vertrauen in die Kraft des deutschen Proletariats zu setzen vermögen, darum kokettieren sie heute mit dem Gedanken, die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages nicht allein mit dem Proletariat, sondern gemeinsam mit der Bourgeoisie durchführen zu wollen.

Was ist dazu zu sagen? Die Hamburger berufen sich sehr häufig auf das Beispiel der russischen Sowjetregierung. Auch Rußland hat heute an seiner Spitze zaristische Generale und hohe Offiziere stehen. Man soll doch nicht vergessen, daß Rußland, während es den Krieg mit der Entente geführt hat, gleichzeitig auch den Bürgerkrieg im Innern geführt hat und daß man nicht daran gedacht hat, einen Brussiloff zu engagieren, bevor nicht das Bürgertum in Rußland als Klasse durch den Bürgerkrieg erledigt war. Ich sagte, die Hamburger Genossen verweisen auf das Beispiel von Rußland. Sie haben noch andere Momente, die für ihre Stellungnahme gegenüber dem Versailler Friedensvertrag maßgebend sind. Wir machen ihnen auch gar nicht zum Vorwurf, daß sie überhaupt dieses Problem zur Diskussion gestellt haben, im Gegenteil. Wir lehnen nur die Art und Weise ab, wie dieses Problem in die Debatte gestellt worden ist, daß im Mittelpunkt der Hamburger Politik steht, daß man den revolutionären Volkskrieg gegen die Entente als das wesentlichste bezeichnet hat. Bevor ich aber darauf eingehe, muß ich noch folgendes feststellen. Die Hamburger Genossen haben, indem sie dieses Problem so sehr in den Vordergrund rückten, sich von einem bestimmten Gesichtspunkt aus leiten lassen. Sie sehen nur eine einzige politische und histo-

rische Entwicklung für den Fortgang der Weltrevolution als möglich an. Sie gehen davon aus, daß Deutschland den Mittelpunkt der Weltrevolution bildet, was auch wir akzeptieren. Wir haben immer den Gedanken klar formuliert, daß die deutsche Revolution notwendig vorwärts geführt werden muß, wenn die Weltrevolution überhaupt zum Siege gelangen soll. Darauf brauche ich nicht einzugehen. Ob aber die Geschichte auch wirklich diesen Weg einschlagen wird und muß, das ist die große Frage. Wer garantiert uns denn dafür, daß Deutschland das Land ist, in dem die Revolution zuerst zum Ausbruch kommt? Ich könnte mir den Fall denken, daß in Italien, wo die Dinge reif sind, der Ausbruch der proletarischen Revolution unter Umständen früher kommen kann als in Deutschland. Auch Deutsch-Österreich, der Balkan könnte eines Tages in Flammen stehen. Es wäre auch möglich, daß da oder dort sich eine neue revolutionäre Bewegung bemerkbar macht. Alles das sind Möglichkeiten, mit denen ein Politiker rechnen muß, der niemals erklären darf, daß die Geschichte nur diesen einen Weg, wie er sich ihn nun gerade einmal ausgedacht hat, einschlagen kann.

Alle diejenigen, die im Kriege gewesen sind und in Frankreich Gelegenheit gehabt haben, mit französischen Sozialisten zu sprechen, werden mir zugeben, daß die Hauptsorge der französischen Sozialisten der deutsche Militarismus gewesen ist. Sie würden schon losschlagen, wenn es nicht der deutsche Militarismus wäre, der im Hintergrund stände. Wenn wir heute in Deutschland eine entschiedene Klassenkampf-Politik treiben würden und zeigen würden, daß das deutsche Proletariat gewillt ist, mit der Bourgeoisie zu brechen, dann wird auch die Bewegung in Frankreich ein rascheres Tempo einschlagen. Und hier mache ich den Hamburger Genossen den Vorwurf, daß sie durch ihre Tendenzen den Entwicklungsprozess der revolutionären Bewegung, speziell in Frankreich, in der gemeingefährlichsten Weise gehemmt haben. Mir sind Artikel aus französischen kommunistischen Zeitungen zu Gesicht gekommen, in denen auch dort bereits die Befürchtung ausgesprochen wird, daß die Hamburger Tendenzen unter Umständen in der K.A.P.D. die Oberhand gewinnen könnten. Daß nichts so

sehr geeignet sein würde, die Weltrevolution in ihrem Laufe aufzuhalten, als die Frage des Nationalkommunismus, kann keinem Zweifel unterliegen. Frankreich würde sagen, daß nun die alte bürgerliche Gesellschaft unter der Flagge des Kommunismus das Regiment weiter führen darf, um mit Hilfe deutscher Kommunisten die revolutionäre Bewegung in Frankreich mit eiserner Faust nieder zu schlagen.

Ich sagte, daß dieser sogenannte revolutionäre Volkskrieg in den Mittelpunkt der Hamburger Politik gerückt ist, jener Volkskrieg, der nach der Ergreifung der proletarischen Macht in Frage kommen kann. Wer in diesem Punkte den Hamburgern irgendwelche Konzessionen zu machen geneigt gewesen ist, wird durch die letzten Artikel wohl belehrt worden sein, daß man sich in Hamburg nicht mehr damit begnügt, den sogenannten revolutionären Volkskrieg nach Ergreifung der proletarischen Macht zu propagieren, sondern daran geht, den nationalen Aufstand bereits in der heutigen Situation zu propagieren, daß man offen die Partei der Konterrevolution zu der seinen macht. Da stellen wir die Frage: Wie ist es möglich, daß Kommunisten zu einer solchen Stellungnahme gelangen können? Bevor ich auf die Frage der Nation, auf dieses Hauptproblem, näher eingehe, muß ich noch einige Bemerkungen über die Art und Weise machen, wie sich die Hamburger Genossen den Krieg gegen das Ententekapital eigentlich denken, unter welchen Voraussetzungen er geführt werden soll. Sie wissen ja, daß sich in der ersten kommunistischen Adresse die Wendung befindet, daß unter der Voraussetzung, daß die deutsche Bourgeoisie sich der neuen kommunistischen Ordnung unterwirft, ein sogenannter revolutionärer Burgfrieden Platz greifen soll. (Zuruf: Ist nicht der Fall!) Dann müßte jetzt eine neue Ausgabe erschienen sein. In dem mir vorliegenden Exemplar steht das klar und deutlich. Ich kann die Stelle ja auch verlesen. Hier steht: " Unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht

minder interessiert wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelms II."

Was bedeutet ein solcher revolutionärer Burgfrieden? Er bedeutet, daß man den positiven Gedanken des Sozialismus zurückstellt gegenüber dem Gedanken der gemeinschaftlichen Verteidigung Deutschlands gegenüber der Entente. Das wesentliche der Hamburger Gedankengänge ist nicht, daß wir jetzt den Kommunismus verteidigen, sondern das Deutschland als neu geschaffene Nation, die mit der Machtergreifung des Proletariats erst ihren Ausdruck erhält. Es ist die Rede, und nicht nur einmal, von dem Kampf gegen die Fremdherrschaft, der aufgenommen werden muß im Augenblick des revolutionären Burgfriedens mit der Bourgeoisie. Was bedeutet dieser Kampf? Nichts anderes, als daß alle diejenigen nationalistischen Instinkte im Proletariat der Ententeländer entfesselt werden, auf die sich der Sozialismus der alten Sozialdemokratie stützen kann, wenn er mit demselben Nationalismus antworten sollte. Ich möchte hinweisen auf die augenblickliche Situation, auf den Polenkrieg. Wenn Rußland heute sich eine gewisse Beschränkung Polen gegenüber auferlegt, so tut es das auch nicht zuletzt in der Befürchtung, daß ein allzu aggressives Vorgehen gegen Polen das polnische Volk in den nationalistischen Taumel hineinreißen würde. Das ist es auch, was wir gegenüber diesem Standpunkt betonen müssen. Aber nicht nur, daß der Gedanke des revolutionären Burgfriedens dem Nationalismus alle Ventile öffnet, etwas schlimmeres noch kommt in Frage: Unter welchen Voraussetzungen wohl würde sich die deutsche Bourgeoisie veranlaßt sehen können, ihrerseits von einem Bürgerkriege gegen die proletarische Diktatur Abstand zu nehmen? Stellen Sie sich einmal die Situation klar vor Augen. In Deutschland ist das Proletariat zur Macht gelangt, das deutsche Proletariat sieht sich vor der Notwendigkeit, seine errungene Position gegenüber dem Ententekapital zu verteidigen. In dieser Situation erklärt sich die deutsche Bourgeoisie angeblich bereit, für die proletarische Diktatur mitzukämpfen gegen das Ententekapital. Welche politische Bedeutung hätte wohl ein solcher

Krieg des deutschen Proletariats gegenüber dem Ententekapital? Welches politische Ziel würde ein solcher Krieg, der ja von den Hamburger Genossen als Klassenkampf bezeichnet wird, wohl verfolgen müssen? Er könnte sich doch, als Klassenkampf gedeutet, nicht damit begnügen, den Kommunismus in Deutschland zu verteidigen, er müßte vielmehr das große Ziel verfolgen, auch den Kapitalismus in den Ententeländern zur Niederwerfung zu bringen. (Sehr gut). Sonst wäre es ja nur ein Krieg, der mit rein negativen Zielen geführt würde. Wenn man diesem revolutionären Kriege eine solche Bedeutung beimißt, so muß er auch ein positives Ziel haben, und zwar das Ziel, den Kommunismus auch in die Ententeländer zu tragen. Wenn die Hamburger von dieser Voraussetzung ausgehen, sollte man dann wohl vom deutschen Bürgertum erwarten, daß es sich neben der Niederwerfung seiner selbst, neben der Ausschaltung des deutschen Kapitalismus noch engagieren ließe für die restlose Vernichtung des Weltkapitals? (Sehr gut!) Daß es sich gebrauchen ließe für die vollständige Aufrichtung des Weltkommunismus? Etwas derartiges von der deutschen Bourgeoisie erwarten zu wollen, geht wohl doch nicht an. Man soll seinen Gegner nicht für so dumm halten, daß er an seinem eigenen Selbstmord arbeitet.

Was bedeutet es, wenn man auf der einen Seite den Gedanken des revolutionären Volkskrieges vertritt und andererseits den Bürgerkrieg in jener Situation für konterrevolutionär erklärt, und alles tut, um den Gedanken des Bürgerkrieges zu diskreditieren? Wir wissen wohl alle, daß wir nicht begeisterte Anhänger des Bürgerkrieges sind. Wir wären wohl alle herzlich froh, wenn man den Kommunismus auf möglichst unblutige Weise verwirklichen könnte. Welche Bedeutung hat der Bürgerkrieg? Es kann sich für uns nicht darum handeln, ob wir den Bürgerkrieg für schädlich oder nützlich halten, für uns steht die Frage so: kommen wir ohne Bürgerkrieg zum Sozialismus? kommt man ohne Kampf zum Sieg? Wir sagen, es wird der größte Bürgerkrieg sein, den die Weltgeschichte je gesehen hat.

Ohne mich weiter über die Notwendigkeit oder die Nützlichkeit dieses Gegenstandes aufhalten zu wollen, möchte ich lieber untersuchen, aus welchen Ursachen und Gründen heraus die Stellungnahme gegenüber dem revolutionären Volkskrieg und dem revolutionären Bürgerkrieg von Seiten der Hamburger erfolgt. Ich müßte eigentlich hier zurückgehen auf das, was in Hamburg während des Krieges geschrieben worden ist. Es würde mir widerstreben, darauf einzugehen, und ich würde es auch unterlassen, wenn die Hamburger nicht selbst sich auf ihre Stellung während des Krieges berufen haben würden, auf ihre Stellung gegenüber der Politik des Spartakusbundes, der die Soldaten zum Verlassen der Front aufgefordert hatte, - die Hamburger nennen das die Erdolchung der Front. Hier machen sie dem Spartakusbund gerade das zum Vorwurf, was sein Hauptverdienst bedeutet, daß er dem konterrevolutionären Instrument der deutschen Armee wenigstens versuchsweise das Genick gebrochen hat. Ich könnte Ihnen hier verschiedene Stellen zitieren, verzichte aber darauf. Wir berufen uns nicht auf Lenin, wenn es dennoch geschieht, so nur darum, weil die Hamburger sich fälschlicherweise auf ihn berufen haben. Lenin steht in dieser Frage vollkommen auf unserem Standpunkt. Man sollte doch einem Paul Levi nicht die Heldenrolle zumuten, die man ihm zugemutet hat. Levi war doch nur der junge Mann der Rosa. Wenn es in den Angriffen immer Levi heißt, so glaube ich, daß diese Angriffe gar nicht Levi gelten, sondern vielmehr Liebknecht und Rosa Luxemburg, die eben diese Politik des Spartakusbundes, die notwendige Zertrümmerung des imperialistischen Heeres, zu der ihrigen gemacht haben.

Wie ist es möglich, daß Laufenberg und Wolffheim überhaupt in diesen Dingen eine so total verschiedene Auffassung von der unsrigen bekunden? Wenn wir uns so fragen, so kommen wir damit auf das Kernproblem des Hamburger Kommunismus überhaupt. In der Schrift "Kommunismus gegen Spartakismus" wird es offen zugegeben, daß man in Hamburg die Nation zum Ausgangspunkt der Politik erhebt, daß man also den Gedanken der Nation für den wichtigsten hält, der maßgebend sein soll für die Politik des

deutschen und des internationalen Proletariats. Wie steht es damit? Ich möchte erinnern, daß die feudalistische Geschichtsperiode von Nation in ihrem Bewußtsein sehr wenig aufzuweisen hatte. Der Feudalismus kannte nicht diese geschlossenen Nationalstaaten, wie sie nachher im Laufe der Geschichte zur Verwirklichung gelangt sind. Ich erinnere nur an das deutsche Mittelalter; nichts war da, was irgendwie auf die Entwicklung einer nationalen Geschlossenheit und Einheit damals schon hinweisen konnte. Ich erinnere an die Kämpfe in Italien, die zwischen den einzelnen Oligarchien stattgefunden haben, und erst in der Entwicklung des Kapitalismus, im Auftauchen des Bürgertums in der Geschichte zeigt sich die Tendenz nationaler Einigung und Freiheit. Die große revolutionäre Bewegung des 17. Jahrhunderts in England und die große französische Revolution 1789, sie stellten als den Abschluß der gesamten revolutionären Bewegung die Begründung einheitlicher Nationalstaaten fest. Wir ersehen daraus, daß die Errichtung der Nation eine Angelegenheit, und zwar eine ureigene Angelegenheit der bürgerlichen Welt gewesen ist. Aus der Errichtung der Nationalstaaten, die eine Notwendigkeit war im Interesse der kapitalistischen Produktionsweise, weil der Kapitalismus für seine Entfaltung großer einheitlicher Wirtschaftsgebiete bedurfte, zeigte sich im Bewußtsein der Völker die erste Regung des Nationalismus. Die große Tat des französischen Bürgertums bestand eben in der Erklärung als Nation. Das aber ist ein Moment, das ausschließlich bürgerlichen Charakter trägt. Wie stellt sich nun das Proletariat gegenüber dem Gedanken der Nation? Das ist unsere Frage. Sie beschäftigt nicht nur uns jetzt, sie hat auch den Sozialismus in seinem Anfangsstadium beschäftigt und zwar noch ganz anders als heute, allerdings jenen Sozialismus, den wir als den wissenschaftlichen bezeichnen, der von Marx und Engels begründet ist. Die beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben sich sehr eingehend mit diesem historischen Problem befaßt. Sie sind mit Leidenschaft eingetreten für die Einheitsbestrebungen Italiens, Deutschlands, Polens u.s.w. Aber sie haben es getan aus dem Gesichtspunkt, daß die nationale Einigung

ein historisch fortschrittliches Moment bedeutet. Sie haben es getan in jenen Zeiten, wo eben der Kapitalismus erst in den Anfängen seiner Entwicklung war, wo die Schaffung nationaler Staaten die Voraussetzung werden mußte, damit das Proletariat auf den Plan der Geschichte treten konnte. Eine andere Frage ist die, ob für uns heute dieser Gedanke noch eine Rolle spielen darf. Die Zeit der nationalen Einheits- und Freiheitsbestrebungen war meines Wissens mit dem Jahre 1871 für Westeuropa abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an sehen wir in Westeuropa - und Deutschland muß dazu gerechnet werden - bereits, wie der Kapitalismus mehr und mehr dazu kommt, die nationalen Schranken zu durchbrechen mit seiner Kolonialpolitik, wir sehen, wie der Gedanke des Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt wird. Alle kapitalistischen Länder treiben von jetzt an imperialistische Politik. Der Kapitalismus zeigt die Tendenz, daß er über die nationalen Schranken hinausweist, daß er große Wirtschaftssyndikate bildet, die sich gar nicht mehr um die nationalen Tendenzen kümmern. Wenn das Bürgertum heute kein Interesse besitzt für diesen Nationalismus, wenn es ohne jeden Skrupel zur Tagesordnung übergeht, um seine wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, wieviel weniger hat dann das Proletariat ein Interesse daran, sich in irgend einer Weise für den Nationalismus zu engagieren? (Sehr richtig!)

Wir stehen heute, weltpolitisch betrachtet, in einer Situation, die zweifellos einer Entscheidung zutreibt. Die Existenz der russischen Regierung nötigt das Ententekapital immer wieder, seine Truppen gegen Rußland anstürmen zu lassen. Es nötigt auch das internationale Proletariat, restlos einzutreten für den internationalen Klassenkampfgedanken.

In einer Situation, in der es sich nicht mehr darum handelt, daß die englische Arbeiterklasse sich in Lohnstreitigkeiten einläßt, sondern wo sie heute bereits vor die Aufgabe gestellt ist, Weltpolitik zu treiben, in einer Situation, wo das Weltkapital sich absolut einheitlich organisiert gegen das internationale

Proletariat, können und dürfen wir nicht die wahnsinnige Politik des Nationalismus treiben. Ich sage, das ist konterrevolutionär, wie es nicht schlimmer gedacht werden kann. (Zuruf: Wo steht denn das? Erneuter Zuruf: Bei Marx!)

Wer das nicht glaubt, braucht sich nur die letzten Nummern der Hamburger K.A.Z. anzusehen. (Zuruf: Welche Artikel?)

Jeden Artikel! Wenn wir das Thema Nation behandeln, so ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir nicht daran denken, die Existenz der Nation zu leugnen. Das ist uns nicht eingefallen, und ist nirgendwo geschrieben worden. In der Broschüre Nation und Internationale ist gesagt worden, daß auch noch Rasenprobleme existieren können. Durch ein Dekret können solche Fragen nicht erledigt werden, auch nicht durch Parteitagsbeschlüsse. Wir denken nicht daran, auf diesem Wege Probleme lösen zu wollen. Aber der Parteitag hat eine klare Stellung einzunehmen.

Ich sagte, daß wir niemals die Existenz der Nation verleugnet haben. Darum aber handelt es sich auch garnicht, sondern vielmehr darum, ob man das Moment der Nation heute zum Gegenstand proletarischer Politik macht. Dagegen legen wir Verwahrung ein. Indem man heute das Moment Nation in die Debatte wirft, macht man die ganze Arbeit des Sozialismus zunichte. Es war soweit, daß sich das Proletariat dessen bewußt war, daß es international sei. Es sagte sich, wir haben gemeinsame Interessen gegen den Kapitalismus. Durch solche Momente wird diese Arbeit wieder sabotiert und es werden die nationalen Tendenzen erst recht dadurch in ihrer ganzen besonderen Stärke zur Entwicklung gebracht. Dagegen verwehren wir uns entschieden. Hat denn der wissenschaftliche Sozialismus, zu dem wir uns noch bekennen, seine Stellung gegenüber der Nation auch so verfochten, wie die Hamburger es heute tun? (Zuruf W.-Hamburg: Jawohl!) Ich bin anderer Auffassung. Marx und Engels haben gewiß das nationale Moment berücksichtigt, heute aber darf es keine Rolle mehr spielen. Vielleicht kann mir jemand sagen, ob in der gesamten Literatur davon die Rede gewesen ist, daß man das Moment der Nation

zum Hauptfaktor der proletarischen Politik machen soll. (Zuruf H.-Hamburg: Das Kommunistische Manifest!) Das Manifest fängt damit an, daß jede Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Gerade Marx hat diesen Gedanken gegenüber dem Utopismus so scharf erkannt. Worin besteht denn überhaupt die Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft? Der Utopismus wurzelt in dem Gedanken, daß man glaubt, die Bourgeoisie, das Bürgertum durch die Argumente der Gerechtigkeit und der Moral überzeugen zu können für die Idee des Sozialismus, daß eine Interessengemeinschaft besteht zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Da sind es Marx und Engels, die den scharfen Klassenkampfgedanken prägen. Er bildet den Grundsatz des wissenschaftlichen Sozialismus. Natürlich gibt es von Natur aus Nationen. Das ist selbstverständlich. Wir behaupten nur, daß der Gedanke des Klassenkampfes weit stärker werden muß als der Gedanke der Nation, daß er den nationalen Rahmen sprengen muß, wenn das Proletariat zum Siege gelangen will. (Zuruf W.-Hamburg: In der logischen Fortentwicklung!) Wenn sich Laufenberg und Wolffheim darauf berufen, daß man anknüpfen müßte an den Punkt der Geschichte, wo das Bürgertum nicht weiter gelangt ist, also an den Punkt, wo die deutsche bürgerliche Revolution an einem Haltepunkt angelangt war, wenn wir heute verpflichtet sein sollen, diesen Gedanken zu Ende zu führen, dann ist das purer Unsinn. Es ist unhistorisch gedacht. Die Geschichte hat ja bewiesen, daß sie andere Wege eingeschlagen hat. Der Imperialismus hat bewiesen, daß das Bürgertum gar nicht mehr daran denkt, in Nationalismus zu machen. Deshalb schon kann gar nicht die Verpflichtung bestehen, die verunglückte bürgerliche Revolution von 1848 weiter zu führen.

Ich komme zum Schluß. Heute, in einer Situation, in der alles darauf ankommt, den Gedanken des internationalen Klassenkampfes so scharf wie möglich zu formulieren, wo Sowjetrußland vom Ententekapital bedroht ist, wo das internationale Proletariat eine einheitliche Front schließen muß, um der gewaltigen Macht